

Street View

Regierung lehnt Gesetzentwurf ab

[20.08.2010] Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf des Bundesrates über besondere Rechtsvorschriften für Internet-Dienste wie Google Street View abgelehnt.

Den vom Bundesrat verabschiedeten Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (wir berichteten) will die Bundesregierung nicht aufgreifen. Grund ist nach Aussage von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, dass sich der Entwurf ausschließlich auf das Angebot Google Street View bezieht. Für den Schutz persönlicher Daten im Internet sei jedoch ein breiterer Ansatz erforderlich. Eine zu strikte Regulierung von Geodiensten könne zudem eine Gefahr für die Pressefreiheit darstellen. Der Gesetzentwurf geht auf eine Initiative der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Saarland und Thüringen zurück. Wie heise online berichtet, plant die Bundesregierung nun, im Herbst Eckpunkte für die Regelung von Internet-Geodiensten zu verabschieden.

(bs)

Zur Meldung auf heise online

Stichwörter: IT-Sicherheit, Google Street View, Datenschutz, Recht, Bundesrat, Thomas de Maizière